

Frage Nr. 953 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerin WEYKMANS zum Thema Flüchtlinge und Beschäftigung

Minister Antoniadis teilte am 2.3.22 im GrenzEcho mit, dass die Aufnahme der Flüchtlinge aus der Ukraine Bereiche wie Wohnungswesen, Beschäftigung, Bildung und Integration tangiere und es daher die Aufgabe sei, zusammen mit den Gemeinden, Wohnungen zu organisieren, für den Integrationsparcours zu sorgen und Sprachkurse zu organisieren, sowie Beschäftigungsinitiativen zu ergreifen.

Wir haben uns in einer SF an Minister Antoniadis gewandt um nähere Informationen über den Bereich Wohnungswesen und Integration zu erfahren.

Daher wenden wir uns heute an Sie, um mehr über die Beschäftigungsinitiativen für Flüchtlinge zu erfahren.

Integration fängt mit der Sprache an. Da das verpflichtende A1 bzw. A2 Sprachniveau des Integrationsparcours (Dekret vom 11.12.17 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt) zu niedrig ist, versucht man dies durch Zusatzkurse zu kompensieren. Die Empfehlung des Ministeriums, das Sprachniveau zu erweitern (B1-B2), geht in die richtige Richtung, um eine berufliche Integration zu ermöglichen. Weshalb dies nicht verpflichtend ist, leuchtet uns noch immer nicht ein.

Nun ist es aber auch so, dass man eine Sprache nur dann erlernt, wenn man sie auch täglich sprechen muss. Dies geht aber nur, wenn man soziale Kontakte pflegt und mit anderen Menschen in Kontakt tritt. Daher muss aber erst einmal Kontakt mit der hiesigen Bevölkerung hergestellt werden.

Laut einem MSN Artikel vom 8.9.21 will Dänemark Einwanderern nur noch staatliche Hilfe zahlen, wenn sie arbeiten. „Wir wollen eine neue Arbeitslogik einführen, bei der die Menschen die Pflicht haben, einen Beitrag zu leisten und sich nützlich zu machen“, sagte Ministerpräsidentin Mette Frederiksen. „Und wenn sie keine reguläre Arbeit finden, müssen sie für ihre Zuwendungen arbeiten.“ Zunächst sei die Regelung für diejenigen vorgesehen, die seit drei bis vier Jahren staatliche Leistungen beziehen und nicht über ein bestimmtes Maß an Schulbildung und Dänischkenntnissen verfügen, sagte die Regierungschefin weiter.

Wir tendieren ganz sicher nicht dazu nun Menschen, die aus einem Kriegsgebiet und traumatisiert zu uns kommen, unter Druck zu setzen. Doch angesichts der steigenden Flüchtlingswelle müssen wir über Lösungen nachdenken und zwar zum Wohle aller. Der dänische Arbeitsminister Peter Hummelgaard drückt es sehr gut aus: „Das Wichtigste für uns ist, dass die Menschen aus ihren Häusern herauskommen“, fügte er hinzu.

Wir sind auch der Meinung, dass diese Vorgaben Einwanderern bei der Integration helfen könnten. Laut Frederiksen: „Zu viele Jahre lang haben wir vielen Menschen einen schlechten Dienst erwiesen, indem wir nichts von ihnen verlangt haben“; Dänemark führt eine strikte Asylpolitik. 2020 waren es rund 1500 Menschen, die dort um Asyl warben, fünf Jahre zuvor waren es 20.000. Das Ziel der Regierung war, die Zahl auf null zu senken.

Glücklicherweise hat sich in der Ukraine-Krise kein Staat für eine Null Politik ausgesprochen.

Hierzu lauten unsere Fragen:

1. Fanden Gespräche mit dem ADG statt, um zusätzliche Beschäftigungsinitiativen zu ergreifen?
2. Könnten Sie sich nach dem Absolvieren des Integrationsparcours das dänische Modell in der DG vorstellen mit dem Ziel eine schnellere Integration zu gewährleisten und somit im Nachhinein eine Arbeitsstelle, die den Ansprüchen und Zielen der Menschen entspricht, zu ebnen? Eine Art Sprungbrett?

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Werte Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrte Frau Stiel,**

ich finde es immer wieder erschreckend, dass in unserem Parlament eine Partei vertreten ist, die die Strategie der meisten rechtspopulistischen Parteien Europas mittlerweile nahezu in Perfektion in die Formulierung Ihrer Fragen einfließen lässt. Allerdings ist es Ihnen wieder mal nicht gelungen, Ihren latenten Hang zu rechtem Gedankengut vollständig unter besänftigenden (linksgerichteten) Aussagen zu verbergen.

Nun konkret zu Ihren Fragen: Die Sinnhaftigkeit eines Vergleichs der aktuellen Krisensituation mit dem dänischen Modell erschließt sich mir in keiner Weise. Wie Sie selbst in Ihrer Frage bemerken, handelt es sich hierbei um Maßnahmen, die für Personen gelten, welche bereits seit 3 oder 4 Jahren in Dänemark Leistungen beziehen.

An dieser Stelle darf ich Sie allerdings daran erinnern, dass wir uns im Falle der ankommenden Ukrainer*innen in einer Krisensituation befinden und es mit Menschen zu tun haben, die vor traumatisierenden Kriegsszenarien flüchten mussten, die teils Familienmitglieder im Kampf und der Ungewissheit zurücklassen mussten und die ungewiss sind, ob sie jemals in ihre Heimat zurückkehren können. Ein Vergleich mit einem System, welches für Personen gilt, die bereits seit mehreren Jahren im Lande sind, wie Sie ihn hier anstreben, ist daher in meinen Augen absolut haarsträubend.

Vielmehr muss es in der aktuellen Situation darum gehen, den Menschen bei ihren akuten Bedarfen Unterstützungsangebote bereitzustellen – dies natürlich auch im Bereich der Beschäftigung. Hier wird vor allem das Arbeitsamt eine zentrale Rolle einnehmen in dem bspw. Die Erstinformation in Ukrainisch zugänglich gemacht wird und spezifische Informationspakete erstellt werden, die Organisation der Eintragung angepasst und eine Ersteintragung sowie Beratung bspw. direkt im Zentrum Worriken ermöglicht wird, indem Kompetenzvalidierungen ermöglicht werden. Darüber hinaus wird ein Inventar an Unterstützungsangeboten, die auf das Zielpublikum zugeschnitten sind, in Kooperation mit anderen Arbeitsverwaltungen erstellt. Nicht zuletzt müssen auch in Zusammenarbeit mit anderen hiesigen Diensten die Rahmenbedingungen, wie Kinderbetreuung und Mobilität sowie Ausbildungsangebote, beispielsweise Sprachkurse, organisiert werden.

Zum Schluss meiner Antwort möchte ich allerdings nochmals auf die Erläuterungen zu Ihrer Fragestellung zurückkommen. Sie suggerieren hier, dass eine strikte Asylpolitik, welche darauf abzielt, die Anzahl der Personen, die um Asyl werben, auf null zu dezimieren, eine inspirierende und erstrebenswerte Politik sei.

Wenn Sie mich fragen, ist dies alles andere als erstrebenswert und zudem eine völlig realitätsferne Politik. Ob wir es wollen oder nicht: in den kommenden Jahren und Jahrzehnten wird es – entweder durch Kriege oder durch den Klimawandel – weitere Flüchtlingsströme in Richtung des wohlhabenden Westens und Norden Europas geben.

Die Frage ist also nicht, wie wir uns diese Menschen vom Leib halten, sondern vielmehr wie wir sie bestmöglich in unsere Gesellschaft integrieren können. Hierbei spielt die Beschäftigung in der Tat eine wesentliche Rolle – allerdings nicht als ein Instrument der Zwangsverpflichtung zu Arbeit, sondern vielmehr über bedarfsgeleitete Unterstützungsangebote, die die Menschen in Arbeit bringen und gleichzeitig eine Antwort auf die drängenden Probleme unserer westlichen und unaufhaltbar alternden Bevölkerung wie beispielweise der sozialen Integration und vor allem dem Fachkräftemangel bieten können.